



Bundestags- brief

Nr.232 •Die Woche im Bundestag• 28.09.2018



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222

Fax:030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

CDU/CSU-Bundestagsfraktion wählt neuen Vorsitzenden

Am vergangenen Dienstag hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion turnusgemäß ihren Vorsitzenden gewählt.

Die Bundestagsfraktion wählte in einem knappen Wahlgang den bisherigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Ralph Brinkhaus mit 125 der 238 möglichen Stimmen zu ihrem Vorsitzenden.

In der ersten Stellungnahme nach seiner Wahl hat Ralph Brinkhaus bereits deutlich gemacht, dass die enge Abstimmung zwischen Fraktion und Regierung höchste Priorität genießt und er eng mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammenarbeiten wird, um die Probleme der Menschen in unserem Land zu lösen.

Zu seiner Wahl gratuliere ich Ralph Brinkhaus sehr herzlich und wünsche ihm für seine neue Aufgabe alles Gute und Gottes Segen.

An dieser Stelle ist es mir aber auch und vor allem ein großes Anliegen, Volker Kauder, dem scheidenden Fraktionsvorsitzenden, für seine herausragenden Verdienste um die Unionsfraktion und den Parlamentarismus in Deutschland zu danken.

Er hat der Fraktion in unterschiedlichen Koalitionskonstellationen mehr als 13 Jahre lang gedient und das Profil der Fraktion, aber auch das unserer Partei maßgeblich mitgeprägt.

Als Streiter für die Religionsfreiheit und mit seinem Engagement gegen die Unterdrückung christlicher Minderheiten auf der ganzen Welt hat er wichtige Akzente gesetzt, die uns als Partei des christlichen Menschenbildes Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft verliehen haben.

Ich hoffe sehr und bin mir sicher, dass Volker Kauder auch in den kommenden Jahren unserer Fraktion, unserer Partei und unserem Land als kluger und meinungsstarker Ratgeber erhalten bleiben wird.

28 Jahre in Einheit und Freiheit.

In der kommenden Woche feiern wir 28 Jahre Deutsche Einheit und damit die Einheit unseres Vaterlandes.

Wir haben Grund genug, mit Stolz auf das seit-her Erreichte zurückzublicken. Der aktuelle Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit zeigt eindrucksvoll, wieviel die Menschen in Deutschland seit dem Mauerfall und dem 3. Oktober 1990 erreicht haben.

Dank des solidarischen Zusammenstehens der Deutschen in Ost und West sind viele der Folgen der SED-Diktatur inzwischen überwunden oder abgemildert. Nicht zuletzt ist es ein großer Erfolg, dass die Beschäftigung nun auch in den neuen Ländern stark zunimmt – inzwischen ist die Arbeitslosigkeit hier auf den Stand von 6,8 Prozent gesunken, nach 18,7 Prozent im Jahr 2005.

Mit einer großen nationalen Anstrengung wurden seit 1990 Städte vor dem Zerfall gerettet, wir haben Umweltprobleme in den Griff bekommen und eine moderne Infrastruktur geschaffen.

Aber es bleibt noch immer viel zu tun. Nun muss es darum gehen, mit gezielten Investitionen in die Forschungslandschaft, in den Mittelstand und allgemein in die Wettbewerbsfähigkeit, die noch bestehenden Unterschiede zwischen West und Ost zu überwinden.

Und wir sollten noch stärker als bisher die Leistungen der Menschen in den ostdeutschen Ländern würdigen, die nach der Wende oft gravierende Herausforderungen gerade im Berufsleben meistern mussten. Das sollten wir uns alle immer wieder bewusst machen.

So wichtig wie die Überwindung der materiellen Folgen der vielfachen Misswirtschaft in der DDR ist für uns in der Union die Aufarbeitung des Unrechts, das Menschen unter der SED-Herrschaft erdulden mussten.

Mit uns wird es auch in den nächsten Jahren kein „Schwamm drüber“ geben. So wie die Union für die dauerhafte Unterstützung der SED-Gedenkstätten steht, so deutlich tritt sie auch für die Belange der Opfer des Unrechts ein, wie sich auch in der neuen Initiative unserer Fraktion zur Aufarbeitung des Zwangs-adoptionswesens in der DDR zeigt.

Angesichts der Tatsache, dass die Herrschaft der SED inzwischen vielfach verharmlost und die Erinnerung an den Herbst 1989 unverfroren für schale Ziele missbraucht wird, werben wir für eine intensivere Beschäftigung mit der SED-Diktatur.

Beim Diesel endlich zu Lösungen kommen

Am Wochenende hat im Bundeskanzleramt ein Treffen der Bundesregierung mit Vertretern der deutschen Automobilunternehmen stattgefunden, um die Dieselproblematik zu beraten.

Unsere Ziele sind klar: Wir können die Dieselbesitzer nicht allein lassen. Wir wollen Fahrverbote in den Innenstädten vermeiden. Wir wollen, dass die Automobilhersteller ihren Teil der Verantwortung tragen. Wir stehen zur Automobilindustrie in unserem Land.

Allerdings muss die Branche zukünftig deutlich verbraucherorientierter auftreten. Das gilt vor allem für all' jene Hersteller, denen Abgasmanipulationen zur Last gelegt werden.

Für uns ist wichtig, dass die Frage der Abgasmanipulationen nicht mit der Frage von Fahrverboten vermischt wird. Fahrverbote können auch rechtmäßig zugelassene Dieselfahrzeuge treffen. Es ist die Summe an Stickstoffdioxid-Emissionen (NO₂) einzelner PKW, welche die Grenzwertüberschreitungen verursachen.

Viel wäre schon geholfen, wenn die zuständigen Behörden neue Luftreinhaltepläne erarbeiten würden. Denn in vielen Bereichen ist die Luft besser geworden.

Die neuen Daten sind aber noch nicht in die Luftreinhaltepläne eingeflossen.

Zur Klärung dieser Fragen und zur Erarbeitung eines Lösungskonzepts laufen diese Woche viele Gespräche innerhalb der Bundesregierung und Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer spricht mit der Automobilindustrie. Am kommenden Montag wird sich auch der Koalitionsausschuss damit befassen.

Grundgesetzänderung für Schulen und für den sozialen Wohnungsbau

Zu den zentralen Zielen der großen Koalition gehören die bessere Ausstattung der Schulen, die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

Da diese Bereiche Länderaufgaben sind, bedürfen die vorgesehenen Finanzhilfen des Bundes Grundgesetzänderungen. Der Union fällt dieser Schritt nicht leicht, weil unser föderales System von klaren Verantwortlichkeiten lebt.

Aber wir wollen das Leben der Bürgerinnen und Bürger verbessern und es ist offensichtlich, dass Fortschritte auf diesen Gebieten nicht weiter auf sich warten lassen dürfen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der Bund künftig Investitionen in die kommunale Bildungsinfrastruktur bundesweit fördern darf, d.h. nicht nur für finanzschwache Kommunen.

Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus ist für den Bund die Möglichkeit vorgesehen, zweckgebundene Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen zu gewähren.

Überdies ist vorgesehen, die Möglichkeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs zu erweitern und Planfeststellung sowie -genehmigung der Bundesfernstraßenverwaltung verfassungsrechtlich abzusichern.

Wir brauchen im Bundestag und Bundesrat auch die Stimmen von FDP und Grünen – deshalb stehen uns weiter schwierige Verhandlungen bevor.